

Plenum 24.06.2013 – Lissabonvertrag - Irland

Mitglieder in Parlament und Regierung,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der DG,

wenn es ein Thema gibt, welches die Politik eines ganzen Kontinentes maßgeblich beeinflusst, so ist in erster Linie sicherlich der Lissabonvertrag zu erwähnen. Auch hier im Parlament wurde darüber abgestimmt, und oft wird er zitiert – er welche Tragweite dieser Vertrag hat, welche Auswirkungen für jeden Bürger, darüber sind sich viele immer noch im Unklaren.

Bedeutet der Vertrag von Lissabon für Europa eine historische Entscheidung oder dient er nur den Interessen der Groß-Konzerne?
Er stärke die Demokratie und schärfe das sozialpolitische Profil der Europäischen Union, hat der jetzige EU Parlamentspräsident Martin Schulz einmal gesagt.
Er schreibe ein „obsolet“ gewordenes Finanz- und Wirtschaftssystem fest und verpflichte die Mitgliedsstaaten zur Aufrüstung, kritisiert der ehemalige Parteigenosse des Herrn Schulz, und ehemaliger deutscher Finanzminister Oskar Lafontaine den Vertrag.

Meine Damen und Herren,
in der Kürze der mir vorgegebenen Zeit, möchte ich einige Punkte herausnehmen um zu verdeutlichen, welches Machtwerk und welche Interessen da verborgen liegen.

Europa befindet sich in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine wesentliche Ursache hierfür ist das Geldsystem und die Spekulation der Banken und Finanzkonzerne.
Der Lissabon-Vertrag hat hier einen entscheidenden Einfluss.
Bereits im Artikel 56 des EG-Vertrages heißt es: „Im Rahmen der Bestimmungen dieses Kapitels sind alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedsstaaten sowie zwischen den Mitgliedsstaaten und dritten Ländern verboten.“
Der Lissabon-Vertrag hat daran nichts geändert.

Im Gegenteil, die Macht der Banken wurde gestärkt.
Kapital steht über allem, und der Spekulation wurde Tür und Tor geöffnet.
Jeder, der es mit einer Neuordnung der Finanzmärkte ernst meint, muss dieses Vertragswerk schon aus diesem Grund ablehnen.

Im Gegenzug wurden die Staaten erheblich geschwächt.
Siehe Art. 123.
Damit wurde es den Nationalstaaten verboten, Geld selbst in Umlauf zu bringen. Sie müssen sich das Geld bei privaten Instituten leihen.
Mit Art. 123 hat der Staat sich seiner monetären Souveränität beraubt – eine staatsrechtliche Fehlleistung mit schwerwiegenden finanziellen, ökonomischen und sozialen Folgen.
Die Zentralbank wurde damit ausschließlich zur Bank der Banken.
Ihr wurde verboten, die Bank des Staates oder der Staaten zu sein.
Und genau dieser Umstand sollte dringend wieder geändert werden.

Übrigens bei den verschiedenen Anhörungen hier im Parlament bezüglich des Fiskalpaktes, haben mehrere Experten, uns in dieser Forderung unterstützt.

Auch der Bildungsbereich ist betroffen.
Der Lissabon-Vertrag reduziert Bildung auf ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit.
Bildungspolitik dient hauptsächlich als Instrument, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Berufsbildung will die EU deshalb „genau auf die Qualifikationsbedürfnisse der Arbeitgeber ausrichten“. Ausbilden für die Interessen der Konzerne.

Plenum 24.06.2013 – Lissabonvertrag - Irland

Verschiedene Richtlinien der EU erhöhen zudem den Privatisierungsdruck.
So genannte „Public Private Partner-ships“ in öffentlichen Einrichtungen, Gemeinden, Schulen und Hochschulen öffnen Profitinteressen Tür und Tor.

Ein weiterer Grund für die Ablehnung des Vertragswerks liegt in der dort festgeschriebenen Politik der Aufrüstungsverpflichtung für die Mitgliedsstaaten und der weltweiten militärischen Interventionen.

Hierzu der Artikel 42 „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“

Das Demokratiedefizit der EU ist lange bekannt: Hauptgesetzgebungsorgan ist nicht das Parlament, sondern der EU Rat, der sich aus Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten zusammensetzt.

Dieses Defizit wird auch nicht dadurch beseitigt, dass der Vertrag die Zuständigkeiten des EU-Parlaments gegenüber den älteren Verträgen stärkt.

Denn zum einen hat das Parlament nach wie vor kein Initiativrecht, es kann also nicht nach seinen eigenen Vorstellungen Gesetze gestalten.

Hier hat in erster Linie die Kommission das sagen, bei der die von den Wählern ausgehende demokratische Legitimation nur noch in homöopathischer Verdünnung ankommt.

Die Wähler haben mit ihrer Stimme, die sie bei der Wahl zum Europaparlament abgeben, keinen wirklichen Einfluss auf die Gesetzgebung der EU.

Die Entscheidungsbildung lässt nicht erkennen, welche Parteien für welche europäischen Richtlinien, die daheim auf Ablehnung stoßen, eigentlich verantwortlich sind.

Wichtig zu wissen hierzu:

Im EU Parlament stimmen alle großen Parteiblöcke nahezu identisch ab.

Ob Sozialisten, Liberale, Grüne oder Konservative.

Die meisten Beschlüsse werden von diesen politischen Blocks zu mehr als 80 % gleich abgestimmt.

Obwohl Liberale und Sozialisten im Inland das Spiel rechts gegen links spielen, im EU Parlament ist dies ganz anders.

In Belgien stehen sich NVA und PS – politisch diametral gegenüber.

Im EU Parlament stimmen Vertreter beider Parteien, meistens gleich ab.

Auf EU Ebene fehlt die politische Auseinandersetzung der Parteien, die demokratische Diskussion bleibt überwiegend aus.

Nun zum irischen Nein und zum heute vorliegenden Dekretentwurf.

Irland hatte Nein gesagt.

Aber man wollte dieses Nein, nicht akzeptieren.

Also hat man noch mal wählen lassen, und im Vorfeld sich die Lage genau angeschaut und sich auf die zweite Wahl gut vorbereitet.

In der Schlussfolgerung dieses Dekret Entwurfes steht:

„...um den falschen Argumenten, die während der Kampagne für das erste Referendum in Irland geäußert wurden, entgegenzuwirken...“

Plenum 24.06.2013 – Lissabonvertrag - Irland

Hierzu möchte den Unterzeichner dieses Dekretes, Herrn Lambertz, bitten, dem Parlament zu erklären, was denn damals die „falschen Argumente“ waren denen man „entgegenwirken“ musste.

Weiter heißt es: "... und der irischen Regierung die Möglichkeit zu eröffnen, ein zweites – diesmal erfolgreiches – Referendum abzuhalten."

War das erste Referendum etwa nicht erfolgreich?

Und was heißt hier erfolgreich?

Interessant ist, es gab nach dem ersten Referendum, verschiedene Untersuchungen u.a. von EU treuen Parteien aber auch direkt von der EU Kommission um die Gründe für die Ablehnung zu erfragen.

Fast ein Viertel der Befragten gab an den Vertrag abgelehnt zu haben, weil sie "nicht genug über den Vertrag wussten und daher nicht für etwas stimmen wollten, dass sie nicht gut verstanden haben [not familiar with]".

Aber kennen alle Abgeordneten in den Parlamenten der EU-Staaten den Vertrag? Die wenigsten Abgeordneten, die dieses Vertragswerk abgesehnet haben kennen seinen Inhalt. Hierzu das Zitat eines Bundestags-Abgeordneten auf die Frage eines deutschen Journalisten:

..“wir haben doch keine Zeit Gesetze zu lesen über die wir abstimmen, wir verlassen uns da auf eine Zusammenfassung der Regierungsexperten...“.

Aber was geschah mit Irland?

Dieses Protokoll soll in verschiedenen Punkten auf die Sorgen der irischen Bevölkerung eingehen.

Dem Protokoll lag ein Beschluss von Souveränitätsgarantien für Irland vor.

Großzügige Zugeständnisse sollten die Iren zu einer Zustimmung bringen.

Aber wie betonte es der damalige EU-Ratspräsident Jan Fischer, dass mit diesen Garantien "kein Punkt, kein Komma am Lissabon-Vertrag verändert wird".

Es war also nur Täuschung, man hat ein Volk an der Nase herumgeführt.

Verändert wurde nichts – Es war das übliche politische Spiel.

Interessant ist auch die Einflussnahme der EU Kommission um das zweite Referendum „erfolgreich“ abzuschließen.

In der Ausgabe der « Irish Times », vom Samstag den 14. März 2009, auf Seite 11 – ist folgendes zu lesen:

„Die Kommission, sucht Wege um Staaten bei der Lissabon Kampagne zu helfen.

Die Europäische Kommission hält eine Sondersitzung in der nächsten Woche ab, um zu bestimmen, wie sie der Regierung helfen kann, eine Kampagne zu führen, um beim zweiten Lissabon-Referendum das „Ja“ zu sichern.“

Es gab großangelegte pro EU Anzeigenkampagnen, der EU Kommission und von EU treuen Parteien in Irland.

Die EU Kommission hat sogar den „Europäischen Globalisierungsfonds“ kurzfristig eingesetzt um bei einer Schließung eines DELL Werkes, die Arbeitnehmer auszubezahlen – Konzerne wie Intel und Ryanair wurde mit eingespannt, um eine positive EU Stimmung zu vermitteln.

Verschiedene neutrale irische Abgeordnete, hatten daraufhin sogar Klage eingereicht, da diese Form der Werbung für einen Vertrag, welcher zur Volksabstimmung stand, nicht verfassungskonform sei.

Man hat also versucht zu manipulieren.

Plenum 24.06.2013 – Lissabonvertrag - Irland

Meine Damen und Herren,

Wenn man sich auf den Seiten 6 und 7, des vorliegenden Dokumentes die verschiedenen Begründungen durchliest, dann kann man wahrlich nur mit dem Kopf schütteln.

Es wird von einer feierlichen Erklärung über die Rechte der Arbeitnehmer geschrieben: Ein purer Hohn, angesichts der Entwicklung z.B. der Leiharbeit in verschiedenen europäischen Ländern.

Es wird als Ziel eine hochwettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft vorgegaukelt und von Vollbeschäftigung und sozialem Fortschritt geschrieben.

Meine Damen und Herren,

es gab noch nie so viele Arbeitslose in Europa .

Es gab noch nie so viele Sozialhilfeempfänger, und noch nie waren Jugendliche, in großen Teilen der EU, so perspektivlos wie heute.

Ich frage Sie, wann legen auch Sie ihre Naivität gegenüber der EU Politik ab.

Unserer EU-Regierungen geben vor, Sicherheit und Freiheit zu stärken, Europas Einigung voranzubringen, das EU-Parlament wirksamer zu machen.

In Wahrheit aber werden die Parlamente der Mitgliedsländer entmachtet, die Mitsprachrechte der Bevölkerungen eingeschränkt und die Machtsysteme Europas in wenige Hände gelegt.

Europa, war mal ein Traum von Frieden und Einheit –
Aber was ist daraus geworden?

Meine Damen und Herren,

ja der Lissabon-Vertrag ist eine historische Entscheidung –
aber nicht zum Wohle der Bürger –
und ja er dient den Interessen der Konzerne –

Und er schreibt ein Finanz- und Wirtschaftssystem fest, welches spätestens seit der Krise bewiesen hat, dass es nicht funktioniert, und dass es ganze Staaten in den Abgrund führen kann.

Mein Damen und Herren, es geht hier nicht um Irland –

Es geht um die Machenschaften der EU –

Und somit auch um die Bürger Belgiens und auch um die DG -

Die Vivant Fraktion wird gegen dieses Dekret stimmen -

Michael Balter – Vivant – Fraktion im PDG